

**Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 9., erw. Aufl., hrsg. und eingeleitet von Alexander von Brünneck, Nomos Verlagsgesellschaft/UTB, Baden-Baden 2011, 379 S., kart., 19,90 €**

Das Werk des sozialdemokratischen Juristen und Politikwissenschaftlers Ernst Fraenkel (1898–1975) trifft auch rund dreieinhalb Jahrzehnte nach seinem Tod noch auf reges Interesse. Basierend auf einer ebenfalls im Nomos Verlag erschienenen, gerade abgeschlossenen sechsbändigen Ausgabe seiner gesammelten Schriften, liegt nun eines seiner bekanntesten Bücher in einer um einige Texte erweiterten Neuausgabe vor. Bei „Deutschland und die westlichen Demokratien“ handelt es sich um eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen überwiegend aus den 1960er Jahren, die um Geschichte und Strukturprobleme des demokratischen Rechtsstaats, seine ideelle Fundierung und sein praktisches Funktionieren kreisen.

Fraenkel gibt selbst zu, dass die Thematik nicht leicht auf einen Nenner zu bringen ist: Schon einleitend weist er darauf hin, „daß die landläufige Annahme, es gäbe einen einheitlichen Typus der ‚westlichen Demokratie‘, unzutreffend ist“ (S. 45). Vielmehr seien die freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten wie alle Regierungssysteme als Mischprodukte verschiedener Einflüsse und historischer Entwicklungen entstanden. Darüber hinaus handele es sich bei seinem Untersuchungsobjekt um das „komplizierteste und labilste aller Regierungssysteme“ (S. 54), es sei „nicht nur das am schwersten zu begreifende, sondern auch das empfindlichste aller Regierungssysteme“ (S. 216).

Gleichwohl muss Fraenkel zur Verdeutlichung von Grundproblemen in idealtypischer Vereinfachung ein englisches und ein französisches Verständnis von Demokratie gegenüberstellen – demgegenüber bleibt das US-amerikanische Regierungssystem in dieser Aufsatzsammlung unterbelichtet. Dem englischen Parlamentarismus gilt seine ungeteilte Sympathie. In ihm repräsentierten die Abgeordneten unterschiedliche Interessen, die zum Ausgleich gebracht würden; das Parlament sei zwar souverän, es herrsche, doch das Regieren falle dem Premierminister zu, dessen Entscheidungen das Parlament in Kraft zu setzen habe, wozu die Fraktionsdisziplin ein unentbehrliches Instrument sei. Das Wahlvolk könne in diesem Rahmen turnusmäßig die Politik des Regierungschefs billigen oder sie verwerfen und damit den Alternativvorschlägen des Oppositionschefs eine Chance geben.

Dagegen beruht das französische Demokratieverständnis Fraenkel zufolge auf identitätsphilosophischen Grundlagen, gemäß derer das Volk souverän sei und die Regierung lediglich einen vorgegebenen Volkswillen zur Ausführung zu bringen habe; für unterschiedliche Interessen sei in der französischen Deputiertenkammer kein Platz, sie störten nur die erstrebte Einheit, es gelte sie zu eliminieren. Ein solches nicht zuletzt auf einen missverstandenen Rousseau zurückgehendes Demokratieverständnis liege, so Fraenkel, den totalitären und terroristischen Regimen von Robespierre bis Lenin und Hitler zugrunde. Es habe generell die Vorstellungen der Deutschen von demokratischer Ordnung geprägt, ja kontaminiert, zumal ihnen die Funktionsweise des englischen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert nur durch französische Vermittlung und somit verfälscht beigebracht worden sei.

In diesem verfehlten Verständnis von parlamentarischer, auf Repräsentation und dem Ausgleich von unterschiedlichen Interessen beruhender Regierungsweise erkennt Fraenkel den gravierendsten von zahlreichen Strukturdefekten und historischen Vorbelastungen der Demokratie in Deutschland. Ihrer Analyse und engagierten Bekämpfung gilt ein großer Teil seines Buchs. Er wendet sich gegen auch heute noch vertraute Stammtischparolen (S. 96) von der autoritären Herrschaft des Kanzlers (der Kanzlerin?), den Parlamentariern als Marionetten ihrer Fraktionsführungen, dem unziemlichen Einfluss von Pressure-Groups und Lobbyisten, den volksfernen Parteiapparaten, den ‚faulen‘ Kompromissen. Er verkennt durchaus nicht die Gefahren, die der Demokratie drohen, wenn „die Gruppen und Parteien zu einer Fassade“ erstarren, hinter der „sich nichts anderes verbirgt als das Machtstreben der Bürokratie“.

tien der Partei- und Gruppenapparate“, wenn „die Parteien zu Stipendiaten des Staates und die Abgeordneten zu Staatspensionären“ werden, wenn „in Zeiten des kontinuierlichen Wohlstands“ eine verbreitete Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit in allen Bevölkerungskreisen „zur Errichtung eines Regimes zu führen“ drohten, „das keine Kritik, keine Kontrolle und vor allem keine echte Opposition und daher auch keine Auseinandersetzungen kennt, die Alternativlösungen enthalten“ (S. 112).

Als Heilmittel gegen solche Tendenzen wie auch gegen die von Fraenkel in zeittypischer Diktion als besonders bedrohlich empfundene Gefahr einer „Vermassung“ der Gesellschaft plädiert er nachdrücklich für eine Stärkung des Pluralismus in allen möglichen Bereichen. Nur eine Gesellschaft, in der sich die Einzelnen in Parteien und Verbänden jeglicher Art aktiv engagieren, ermögliche eine stabile und auf Dauer lebensfähige parlamentarische Demokratie: Die Vermittlung von Interessen der Bürger durch solche Organisationen stellt für Fraenkel das Grundprinzip und die Grundbedingung für das Funktionieren dieses Regierungssystems dar, ohne sie sei Parlamentarismus nicht möglich. Ebenso unentbehrlich sei ein breiter Sektor im vor-politischen, verfassungsrechtlichen und kulturellen Bereich, der zwischen den verschiedenen Parteien und Interessengruppen nicht kontrovers sei und über den ein breiter Konsens herrsche. Zu diesem nicht kontroversen Sektor, der etwa in der Weimarer Republik so klein gewesen sei, dass ihre Überlebenschancen von vornherein äußerst gering gewesen seien, müsse tunlichst neben einem wie auch immer begründeten geltenden Naturrecht ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit gehören. Der kontroverse Sektor, um den im Tagesgeschäft verhandelt werde, um nach einer entsprechenden Klärung gemäß fester Spielregeln in Parlament und öffentlicher Meinung zur Formulierung eines Gemeinwohlziels a posteriori zu gelangen, kennzeichne den im eigentlichen Sinne politischen Bereich.

Im „Gedanken der sozialen Geborgenheit“ erkennt Fraenkel den bedeutsamen und bleibenden Beitrag, den Deutschland seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zur Entwicklung der westlichen Demokratie beigesteuert hat (S. 75f.). Hier wie an vielen Stellen zeigt sich der engagierte Vertreter eines sozialdemokratischen Reformismus, der nicht nur wissenschaftlich analysieren, sondern stets auch aufklärerisch wirken und Hinweise auf die Möglichkeiten praktischen Handelns aufzeigen möchte. So erklären sich immer wiederkehrende Appelle für mehr angewandten Pluralismus, für die Überwindung eines verfehlten Demokratieverständnisses durch politische Bildung, die allgegenwärtige Polemik gegen Carl Schmitt und einen missverstandenen Rousseau, die Beschwörung, nur eine pluralistische Gesellschaft vermöge der Gefahr des Totalitarismus zu widerstehen.

Fraenkel argumentiert nicht selten eher assoziierend als stringent. Mitunter blitzt seine Fähigkeit auf, historische Urteile in geradezu aphoristischer Brillanz auf den Punkt zu bringen, so etwa zum Scheitern der Weimarer Republik (S. 222f.) oder zur Charakterisierung Adolf Hitlers und seines „Homogenitätsfetischismus“ als des „Verzweiflungsschrei[s] eines völlig vereinsamten Menschen, der in der heterogenen Gesellschaft restlos gescheitert war“ (S. 290f.). Fraenkels Texte sind durchgehend mit Gewinn zu lesen, auch im Abstand von bald fünf Jahrzehnten. Die Aktualität vieler seiner Überlegungen ist ungebrochen, wenn auch heute wohl nicht mehr davon die Rede sein kann, in Fraenkels Lieblingsfeind Rousseau den „einflußreichste[n] politische[n] Denker des Abendlandes“ zu sehen, der „den Ruf genießt, der Vater der modernen Demokratie zu sein“ (S. 285 und 266). Seine Plädoyers für das Naturrecht und für soziale Gerechtigkeit mögen nicht allein anfechtbar sein, sondern auch zu schier endlosen Kontroversen um das Ausmaß und die Möglichkeiten ihrer Umsetzung Anlass geben. Schließlich spiegeln die Texte tatsächlich die um sich greifende nationalstaatliche Wohlstandsgesellschaft der 1960er Jahre wider: Für Zeiten multipler Wirtschafts- und Finanzkrisen in einer globalisierten Gesellschaft bieten sie zumindest keine unmittelbaren Rezepte oder Handlungsanweisungen.

*Rainer Behring, Köln*

**Zitierempfehlung:**

Rainer Behring: Rezension von: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, 9., erw. Aufl., hrsg. und eingeleitet von Alexander von Brünneck, Nomos Verlagsgesellschaft/UTB, Baden-Baden 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 53, 2013, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81427>> [18.2.2013].